

«Taten statt Worte»

FBP fordert konkrete Massnahmen für 2008 – Familienpolitik und Integration im Zentrum

VADUZ – Mit konkreten Massnahmen unter anderem in der Familienpolitik, der ambulanten Pflege sowie in der Integrationspolitik will die FBP das neue Jahr «konstruktiv gestalten». In die Wahlen wolle man frühestens im Frühjahr einsteigen.

• Tino Quaderer

Nachdem im vergangenen Jahr diverse Ideen debattiert wurden, ist aus Sicht der FBP die Zeit nun reif für konkrete Taten. Dies erklärte FBP-Parteipräsident Marcus Vogt gestern anlässlich einer Medienkonferenz, in der über die Ziele und Schwerpunkte seiner Partei für 2008 informiert wurde.

Familien besser unterstützen

«Insbesondere in der Familienpolitik wird es 2008 darum gehen, konkrete Massnahmen umzusetzen, um den Familien in Liechtenstein echte Wahlfreiheit zu ermöglichen», hielt der FBP-Präsident fest. Dies bedeute, dass man einerseits Familie und Beruf besser vereinbar mache und dass man andererseits auch die Familie als Beruf wieder vermehrt anerkenne. Dazu will die FBP 2008 ein Familiengeld für Familien in Liechtenstein einführen; das Kindergartenalter um ein Jahr senken sowie die Tagesstrukturen und -schulen ausbauen.

Pflege steuerlich absetzbar

Auch in der ambulanten Betreuung von pflegebedürftigen Menschen sei die Zeit für konkrete Schritte gekommen. Ältere Menschen etwa sollen durch einen Ausbau der ambulanten Pflege möglichst lange im gewohnten Umfeld verbleiben können.

Darüber hinaus will die FBP Pflegekosten künftig steuerlich absetzbar machen. Längerfristig brauche Liechtenstein aber ein



FBP-Parteipräsident Marcus Vogt: «2008 kann für Liechtenstein ein konstruktives Jahr werden. Dazu aber braucht es nun Taten statt Worte.»

neues Pflegemodell. Die FBP setze dabei auf ein kombiniertes Modell: Einerseits soll ein individuell angepasster Kapitalstock die Grundpflege finanzieren, andererseits sollen durch Versicherungselemente extreme Pflegefälle abgedeckt werden, so Marcus Vogt. Dadurch könnten die Angehörigen künftig deutlich entlastet werden.

Neues Jugendgesetz

An der gestrigen Pressekonferenz sprach sich der FBP-Präsident zudem dafür aus, dass der Landtag nochmals über ein neues Kinder-

und Jugendgesetz berät, nachdem eine entsprechende Vorlage 2007 abgeschmettert wurde. «Liechtenstein braucht nach wie vor ein neues Jugendgesetz, das in Bereichen wie Prävention oder Jugendkriminalität einen zeitgemässen Rahmen schafft», ist Vogt überzeugt. Daher soll der Landtag 2008 eine angepasste und schlankere Version des Gesetzes beraten.

In der Bildungspolitik wiederum stehe die FBP zur Weiterentwicklung des bestehenden Systems, «aber nicht rein der Reform willen, sondern es muss ein echter Mehrwert

geschaffen werden.» Daher spreche sich die FBP nach wie vor für Profilschulen aus, dabei müsse aber auch das Langzeitgymnasium als mögliches Profil anerkannt werden.

In der Verkehrspolitik schliesslich seien im vergangenen Jahr wichtige Grundlagen erarbeitet worden, auf denen nun wegweisende Entscheide gefällt werden können: «Dabei denke ich insbesondere an das Projekt einer regionalen S-Bahn», erklärte Marcus Vogt. Hier brauche es konkrete Schritte – was einen politischen Grundsatzentscheid voraussetze.

Ein weiteres zentrales Thema ist für die FBP im neuen Jahr – das von Regierungschef Otmar Hasler zum Jahr der Heimat erklärt wurde – die Integrationspolitik. Einerseits brauche Liechtenstein qualifizierte Zuzüger, andererseits müsse Liechtensteins Identität gewahrt werden.

Daher stehe die FBP für eine Ausländerpolitik des Förderns und Forderns ein. Ausländer müssen künftig Deutschkenntnisse vorweisen, wenn sie in Liechtenstein leben wollen – und auch wer im Familiennachzug ins Land kommen will, muss über Deutschkenntnisse verfügen.

Wahlkampf noch kein Thema

Vorläufig kein Thema ist für die FBP indes der Wahlkampf. Gemäss Präsident Marcus Vogt werde man erst nach der Sommerpause 2008 über das weitere Vorgehen in Sachen Wahlkampf informieren. Bis dahin werde man sich seitens der FBP weiterhin einzig auf die Sachpolitik konzentrieren, «denn das Jahr 2008 kann für Liechtenstein nochmals ein konstruktives und fruchtbares Jahr werden», hielt der Parteipräsident abschliessend fest. **Seite 3**



Filmbeitrag unter:

www.volksblatt.li

«Erziehungsarbeit anerkennen»

FBP fordert konkrete familienpolitische Massnahmen – Familiengeld für FL-Familien

VADUZ – Ein Familiengeld für Eltern in Liechtenstein, eine Herabsetzung des Kindergartenalters und ein Ausbau der Betreuungsangebote. Mit diesen und weiteren Forderungen will die FBP im Jahr 2008 die Familien stärken.

• Tino Quaderer

Das Jahr der Familie ist zwar bereits vorüber, aber wenn es nach der FBP geht, soll es in diesem Jahr noch nachwirken. Nicht mit schönen Worten und immer neuen Vorschlägen, sondern mit konkreten Massnahmen.

«Taten müssen folgen»

«Die FBP fordert für das Jahr 2008 konkretes Handeln in der Familienpolitik. Worte und Bekenntnisse gab es im vergangenen Jahr zur Genüge. Nun müssen Taten folgen», erklärte Parteipräsident Marcus Vogt gestern anlässlich einer Medienkonferenz der FBP.

Wie er ausführte, stehe für die FBP dabei die Wahlfreiheit der Familien im Zentrum: Jede Familie solle sich zwischen zwei gleichberechtigten Varianten entscheiden



Liechtensteins Familien sollen mit den Forderungen der FBP künftig besser unterstützt werden.

können: einerseits für Familie und Beruf – andererseits aber auch für Familie als Beruf.

FBP fordert Familiengeld

Da dies nur mit konkreten Massnahmen gehe, stellte die FBP gestern ihre familienpolitischen Ziele respektive Forderungen für 2008 vor. «Wir fordern ein Familiengeld bis zum dritten Lebensjahr. Die Familien können über die Verwendung frei verfügen», so Marcus Vogt. Mit diesem Geld, das nur an Familien in Liechtenstein ausbezahlt werden soll, könne erstmals die private Erziehungsarbeit finanziell anerkannt werden.

Zugleich fordert die FBP aber auch die Herabsetzung des Kindergartenalters um ein Jahr. «Dies wird vielen Frauen helfen, früher ins Berufsleben zurückkehren zu können», erklärte Vogt. Zudem setze sich seine Partei für den Ausbau der Tagesstrukturen sowie für den Ausbau der Tagesschulen ein. «Dies erhöht ebenfalls die Wahlfreiheit der Eltern, denn diese können nur dann mit gutem Gewissen einer Arbeit nachgehen, wenn sie ihre Kinder in guter Betreuung wissen.»

Zudem werde sich die FBP dafür stark machen, «dass die Frauen, welche Erziehungsarbeit zu Hause leisten, gesellschaftlich bessere Anerkennung finden. Schliesslich leisten sie einen unschätzbaren Beitrag an unsere Gesellschaft», ist FBP-Präsident Marcus Vogt überzeugt. Klar ist für ihn aber auch, dass das Familiengeld, das die FBP 2008 fordert, nicht exportiert werden soll. Stattdessen soll es ausschliesslich an Familien in Liechtenstein ausgerichtet werden.

Gleichwertige Modelle

Als grossen Vorteil des FBP-Vorschlags sieht Marcus Vogt, dass damit kein Familienmodell benachteiligt würde. Einerseits könnte mit dem Familiengeld die Erziehungsarbeit honoriert werden; andererseits kann dies von anderen Familien auch dazu verwendet werden, um die ausserhäusliche Betreuung zu finanzieren.

Mit den begleiteten Massnahmen wie besseren Betreuungsangeboten sowie dem tieferem Kindergartenalter könnte parallel dazu die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert werden, so Vogt.